

Polizei: Masse statt Klasse?

Im Vergleich zu anderen Ländern hat Luxemburg spezifische Probleme: Stellen für 24 Prozent der EU-Bürger Unsicherheitsaspekte wie Kriminalität einen Grund zur Beunruhigung dar, gilt das nur für neun Prozent der Luxemburger. Dagegen bereiten den Luxemburgern vor allem die Arbeitslosigkeit (44 Prozent), der Wohnungsmarkt (32 Prozent) sowie eine Preisinflation (27 Prozent) Kopfzerbrechen. So die Ergebnisse einer am Mittwoch von der Polizei vorgestellten Ilres-Umfrage, die als Thema das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hatte. Diese seit 2001 jeweils im Abstand von zwei Jahren durchgeführte Befragung ergab - trotz der als relativ gering eingestuften Sorge vor Kriminalität - dass viele Luxemburger sich mehr Polizeipräsenz wünschten: etwa um die Schulen (45 Prozent), innerhalb öffentlicher Plätze (37 Prozent) und in Wohnvierteln (35 Prozent). Dass soziale Probleme nicht ausschließlich durch ein Mehr an staatlicher Kontrolle gelöst werden können, sondern dass hier auch die Art der Ausbildung von Polizeibeamten von Bedeutung ist, davon zeugt ebenfalls die Studie: So gaben zwar rund 78 Prozent der Befragten an, im Kontakt mit der Polizei zufrieden gewesen zu sein - jedoch rund ein Drittel hatte das Gefühl, dass die Polizei eine Krisensituation nicht wirklich gut bewältigt hat. Es fehlen Beamte, die neben der allgemeinen Polizeischule, spezifische und weitergehende Kenntnisse haben, um - etwa im Bereich der "moeurs" - auf kritische Situationen reagieren zu können.

Les CFL, la sécurité et le syndicalisme

Les chemins de fer luxembourgeois (CFL) font-ils la chasse au syndicaliste? C'est du moins ce que laisse entendre un communiqué de presse du syndicat Landesverband. Petit historique: le 10 mai de cette année, le délégué du personnel des agents de manoeuvre aurait dû assister à une réunion de projet au sein des CFL-Cargo. Mais un coup de téléphone d'un collègue (la réunion a lieu pendant les horaires de travail) l'informe qu'un train a pris du retard et se trouve à Bascharage (le convoi est arrivé en matinée alors qu'il aurait dû arriver pendant la nuit). Etant donné que les voies ferrées dans cette commune sont en réparation, le délégué se fait excuser pour son absence à la réunion et décide d'assister son collègue pour effectuer la "desserte" qui passe forcément par un chantier mobile - une mesure de sécurité qui s'impose car le conducteur de la locomotive ne connaît pas les modifications que les travaux ont causées. Mais voilà, sa préposée n'a pas la même approche de la sécurité dans les transports et décide "dans une notification de punition" (sic) de le rétrograder. Le délégué conteste cette mesure qu'il juge aberrante: "C'est une mesure d'intimidation pour me mettre hors circuit. Je n'ai rien à me reprocher, j'ai fait mon travail." Et de se référer au code du travail qui stipule que les délégués du personnel disposent "de possibilités privilégiées de coopérer à faire progresser la sécurité et la santé du travail dans son ensemble". Une première réunion du conseil d'enquête des CFL à laquelle ont assisté des témoins en faveur du délégué n'a pas été en mesure de trancher l'affaire et a reporté le verdict au dix août. L'incriminé refuse toutefois de comparaître, estimant qu'il n'a rien à se reprocher et revendique d'être "réhabilité à cent pour cent". "Si toutefois la direction des CFL s'obstine à vouloir me punir, je déposerai une plainte auprès du tribunal du travail". Ce qui risque de créer une jurisprudence, car il semble que la direction a enfreint le règlement interne de l'entreprise. Pourtant, l'on aurait été tenté de croire qu'aux yeux de la direction des CFL, la sécurité serait la priorité, surtout depuis l'accident tragique l'an passé à Zoufftgen. Ce n'est apparemment pas le cas.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Raus aus der Talsohle



Passivhäuser: Werden sie in Zukunft das Landschaftsbild bestimmen?

(Foto: Archiv)

Ab kommenden Januar soll Luxemburg über ein kohärentes Subventionsarsenal zur Förderung regenerativer Energien verfügen. Endlich.

Mit einem leichten Schmunzeln im Gesicht trat er am Mittwoch vor die Presse: Ein zuversichtlicher Lucien Lux, davon überzeugt, dass die von ihm und seinem Ministerkollegen Jeannot Krecké vorgestellten großherzoglichen Reglements zur Förderung der Stromerzeugung auf Basis regenerativer Energien und zur finanziellen Bezuschussung von Energiesparmaßnahmen in Privathaushalten Anfang nächsten Jahres in Kraft treten können. Und zwar fristgerecht. Damit spielte der Umweltminister auf das Jahr 2005 an, als die Vorgängerreglemente aufgehoben worden waren, die neuen Bestimmungen aber nicht rechtzeitig fertig wurden. Die entstehende gesetzgeberische Lücke sowie vor allem die Verschlechterung bei der Unterstützung der Fotovoltaik hatten damals einen ganzen Wirtschaftszweig auf Jahre zum Erliegen gebracht.

Am vergangenen Freitag hatten sich die Minister für Umwelt und Energie die Zustimmung des Regierungsrates für ihre Vorhaben eingeholt, jetzt gilt es, den üblichen gesetzgeberischen Werdegang durch die beiden Kammern zu absolvieren. Dass sich da großer Widerstand auftut, glaubt Lucien Lux nicht: "Das großzügigste Subventionssystem in der Europäischen Union" sei vorab mit den betroffenen Akteuren intensiv beraten worden. Womit man unnötige Störfeuer wohl von vorne herein vermeiden wollte.

Dennoch warnte Energieminister Krecké potenzielle KritikerInnen: "Sie müssen sich entscheiden, ob sie Politik machen oder den Wirtschaftszweig Alternativ-Energien unterstützen wollen". Ein Seitenhieb. Und zwar auf den Eurosolar-Vorsitzenden Henri Kox. Der grüne Abgeordnete denkt allerdings gar nicht daran, die Regierung an der Durchsetzung der Reglemente zu hindern: "Eigentlich sind wir jetzt da, wo wir 2005 stehen geblieben sind. Es ist nicht der große Wurf, aber viele unserer Vorschläge wurden berücksichtigt - nicht zuletzt weil wir viel und heftig gebrüllt haben", so Kox gegenüber der woxx.

Für den ehrenamtlichen Solarenergie-Anhänger ist die Kritik von Krecké unbegründet: Es gehe ihm nicht darum, irgendwelche

wirtschaftliche Interessen von Eurosolar zu verteidigen. In diesem Punkt laufe Kreckés Ministerialbürokratie, die im Verwaltungsrat des größten Energieversorgers vertreten sei, eher Gefahr, sich in Interessenskonflikten zu verstricken, als ein kleiner Verein von Idealisten. Es gelte, Luxemburg in Sachen Energieeffizienz an die Spitze zu bringen. "Dieses Ziel ist noch weit entfernt, denn insgesamt fehlt es der Regierung an einer Vision, wie der nötige energiepolitische Wandel in Luxemburg vollzogen werden kann", meint Kox.

Einfacher und schneller

Die von den Ministern beschworene Transparenz bei der Ausarbeitung der Reglemente sieht Kox ebenfalls etwas anders: Zwischen der Zusendung der Textvorlagen an die interessierten Kreise und der letzten beratenden Sitzung mit dem Ministerium lagen gerade mal vier Tage - darunter der Nationalfeiertag. Und auch die zuständige Kommission in der Chamber diskutierte nicht einmal zwei Stunden über die Reglemente - ohne vorher die über 60 Textseiten erhalten zu haben. Dennoch: Mit dem Resultat lasse sich leben, insbesondere, da jetzt auf Jahre hinaus gewusst sei, woran man sich halten muss.

Wichtiges Plus bei der Förderung alternativer Energien: Es wird endlich zwischen den unterschiedlichen Energietechnologien unterschieden. So fällt die Unterstützung je nach aktueller wirtschaftlicher Rentabilität unterschiedlich aus. Die Bandbreite reicht von einer Subventionierung von 20 Prozent (Windmühlen) bis zu 50 Prozent (Biogasanlagen). Kommunal betriebene Gasrückgewinnungsanlagen in Kläranlagen werden sogar vom Staat mit 90 Prozent bezuschusst. Eine ähnliche Bandbreite gilt bei der Vergütung der Einspeisung des produzierten Stromes.

Die Genehmigungsverfahren werden außerdem vereinfacht. Der Wirrwarr unterschiedlicher Unterstützungen wird auf zwei Säulen reduziert: Über den Staatshaushalt werden die einmaligen Subventionshilfen ausbezahlt, während die Vergütung der Stromeinspeisung der unterschiedlichen erneuerbaren Ener-

gieträger über den "fonds de compensation" der Stromindustrie finanziert wird. Die erste Säule erfreut den Energieminister, denn diese Kosten werden nicht auf den Strompreis abgewälzt, die zweite Säule ist mehr nach dem Gusto des Umweltministers: Einerseits wird sein eigener Haushalt entlastet, andererseits führen - in diesem Fall marginal - erhöhte Strompreise zu verstärktem Energiesparen. Die jetzt vorliegende Regelung riecht nach einem Kompromiss, der beide Häuser zufrieden stellt.

Insbesondere für die Fotovoltaik wäre es allerdings sinnvoller, die Investitionshilfe niedriger anzusetzen (Eurosolar hatte sogar vorgeschlagen, ganz darauf zu verzichten), dafür aber die Rückvergütung für den ans Stromnetz abgegebenen Strom höher anzusetzen. "Die jetzt vorgesehenen 420 Euro pro Megawattstunde für kleine Fotovoltaikanlagen sind zwar wesentlich besser als die ursprünglich vorgeschlagenen 380 Euro, aber zum jetzigen Zeitpunkt sind die Anlagen für die Betreiber damit nicht rentabel", meint Kox der auf Deutschland verweist. Dort werden 500 Euro vergütet. Außerdem wurde in Deutschland die Laufzeit der Vergütung auf 20 Jahre garantiert, in Luxemburg sollen es nur 15 sein. Logisch und richtig findet er das Prinzip, die Einspeisevergütung für neue Anlagen pro Jahr um drei Prozent zu reduzieren. Der noch junge Sektor weise eine hohe Lernfähigkeit auf und die Effizienz der Anlagen nehme Jahr für Jahr zu, was eine Abnahme der Bezuschussung rechtfertige.

Bezüglich des Reglements über rationellen Umgang mit der Energie, das darauf abzielt, Privatgebäude energieeffizienter zu machen, fällt auf, dass die bislang geltende sture Regelung, lediglich eine Totalsanierung zu subventionieren, aufgegeben wurde. Sofern in Einzelbereichen die aktuell geltenden Mindestnormen überschritten werden, können auch einzelne Sanierungsmaßnahmen bezuschusst werden. Das gilt etwa für den Einsatz von Doppel- oder Dreifachverglasung, sofern diese Einzelmaßnahmen nicht andere Anpassungen - etwa gegen Schimmelbildung - zwingend voraussetzen. Am besten fährt allerdings, wer sein Haus energiemäßig ganz auf Vordermann bringt. Eine Modellrechnung ergibt bei einem 180-Quadratmeter-Haus ein Bezuschussungsvolumen von ungefähr 22.250 Euro. Wer im Falle eines Neubaus auf ein Passiv-Energiehaus setzt, kann mit bis zu 37.750 Euro Bezuschussung rechnen. "Das entspricht den effektiven Mehrkosten, die für die zusätzlichen Installationen anfallen, das haben uns die Fachleute aus der Branche versichert", so Minister Lux gegenüber der woxx.

Ob die auf fünf Jahre veranschlagten Budgetmittel von 45 Millionen Euro von der Bevölkerung auch voll ausgeschöpft werden, hänge aber nicht nur von der Höhe der Subvention ab: "Was jetzt kommen muss, ist eine breite Aufklärung, und da müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen, nicht nur das Ministerium." In diesem Punkt dürfte Lucien Lux die Unterstützung von Eurosolar gewiss sein. "Für uns hat die Diskussion um eine bessere Nutzung der Energie nach drei Jahren des Nichtstuns erst begonnen", meint Henri Kox.

Richard Graf

Detaillierte Infos:
www.environnement.public.lu/actualites/2007/07/Energies_renouvelables/